

**Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses
(Sondersitzung)
am Freitag, dem 13.08.2021, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 08:00 Uhr
Ende: 10:48 Uhr**

Seite

I. Öffentlicher Teil

- | | | | |
|----|--|-----------------|-----------|
| 1. | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner | | |
| 2. | Bericht der Verwaltung | | |
| 3. | Aktuelle Corona-Lage | 197/2021 | 5 |
| 4. | Neukonzeption des Museums Abtei Liesborn: 1. Genehmigung von Überplanmäßigen Auszahlungen und 2. Anfrage der Kreistagsfraktion Die FRAKTION DIE LINKE ./ Die PARTEI vom 18.07.2021 | 199/2021 | 8 |
| 5. | Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 16.07.2021 - Beschaffung von Luftfilteranlagen in kreiseigenen Schulen | 198/2021 | 12 |

Anwesend:

Vorsitz
Gericke, Olaf, Dr.
Mitglieder des Kreisausschusses
Bas, Ali
Blex, Christian, Dr.
Blömker, Franz-Ludwig
Diekhoff, Markus
Gerwing, Theresia
Grap, Valeska
Grobecker, Hubert
Gutsche, Guido
Kaup, Winfried
Kocker, Dennis
Luster-Haggeney, Rudolf
Möllmann, Rolf
Nienkemper, Dorothea
Schulte, Stephan
Schulze Westhoff, Stephan
Westerwalbesloh, Florian
von der Verwaltung
Bleicher, Herbert, Dr.
Funke, Stefan, Dr.
Heuermann, Wiebke
John, Kai
Schreier, Petra

Es fehlten entschuldigt:

Mitglieder des Kreisausschusses
Schlösser, Ulrich

Landrat Dr. Gericke eröffnet um 08.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreisausschusses, Frau Limmer, Herrn Borgstedt, Herrn Oberteicher, Frau Dr. Arizzi Rusche, die Vertreter der Presse sowie die Gäste.

Landrat Dr. Gericke händigt Herrn Hubert Grobecker die Ernennungsurkunde aus und vereidigt ihn.

Landrat Dr. Gericke stellt fest, dass der Kreisausschuss mit Einladung vom 20.07.2021 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

Anschließend weist Landrat Dr. Gericke darauf hin, dass folgende Vorlagen/Dokumente nachträglich per Mail versandt wurden bzw. auf den Tischen ausliegen:

- Vorlage 199/2021 „Neukonzeption des Museums Abtei Liesborn [...]“ (per Mail versandt am 26.07.2021)
- Anfrage der Kreistagsfraktion Die FRAKTION DIE LINKE ./ Die PARTEI vom 08.08.2021 (per Mail versandt am 10.08.2021, Tischvorlage) zum TOP 4
- Anfrage der Kreistagsfraktion Die FRAKTION DIE LINKE ./ Die PARTEI vom 10.08.2021 (per Mail versandt am 10.08.2021, Tischvorlage) zum TOP 4
- Erläuterung samt Anlagen der Verwaltung zum TOP 5 (per Mail versandt am 12.08.2021)

Auf die Frage nach Einwendungen gegen die Tagesordnung meldet sich kein Mitglied zu Wort.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
--	--

Auf Nachfrage meldet sich keine Einwohnerin / kein Einwohner zu Wort.

2. Bericht der Verwaltung	
----------------------------------	--

Landrat Dr. Gericke erklärt, dass es zur Coronalage einen separaten Tagesordnungspunkt gibt.

3. Aktuelle Corona-Lage**197/2021**

Frau Schreier beginnt mit der Präsentation über die aktuelle Corona-Situation. Die Präsentation liegt als Anlage bei. Sie berichtet, dass im Kreis Warendorf bereits 59 % Erstimpfungen durchgeführt wurden und der Kreis Warendorf damit über dem Bundesdurchschnitt läge. Ende August würde das Impfzelt in Ennigerloh bereits abgebaut werden, da inzwischen nicht mehr alle Impfstraßen benötigt werden würden. Zum 30.09 würde das Impfzentrum komplett geschlossen werden. Aktuell werde auf einen neuen Erlass gewartet, um genau zu wissen, wie es weitergehen werde. Sie berichtet, dass das mobile Impfen mit dem Impfmobil sehr gut angenommen und aus diesem Grund noch eine weitere Tour geplant werde. Darüber hinaus soll Ende August das Impfmobil einmal die Zulassungsstelle Warendorf und Beckum und die Ausländerbehörde in Ahlen anfahren. Parallel werden intensive Gespräche mit den Leitern der Berufsschulen geführt und auch mit dem Leiter des Jobcenters.

Dr. Funke berichtet anschließend über die aktuelle finanzielle Belastung durch Corona auf den Kreishaushalt, die sich auf rd. 3,8 Mio.€ erhöht haben.

Herr Diekhoff (FDP) bedankt sich für den Vortrag. Er regt an, die Uhrzeiten des mobilen Impfbusses anzupassen, um auch berufstätige Bürger zu erreichen.

Auf Rückfrage von Frau Nienkemper (FWG) berichtet Frau Schreier, dass es ein großer Vorteil sei, dass das Gebäude auch über den 30.09. hinaus zur Verfügung stände und nur das Zelt abgebaut werden würde. Sofern nötig, könnte der Betrieb in der Impfhalle schnell wieder hochgefahren werden.

Herr Gutsche (CDU) berichtet, dass alles dafür getan werden sollte, um die Impfquote weiter zu steigern. Gerade die Reiserückkehrer, die das Virus aus dem Heimaturlaub oder Ferienziel mitbringen würden, sollten direkt angesprochen und über das Impfen informiert werden.

Auf Rückfrage von Herrn Gutsche (CDU), woher die Abweichungen bei den Imp fzahlen stammen, gibt Frau Arizzi Rusche genauere Informationen zu Protokoll:

Es gäbe derzeit Abweichungen unter den Imp fzahlen aus dem Digitalen-Impfquoten-Monitoring des RKI (aus Impfzentren, mobilen Impfteams, Praxen, Betriebsärzten), den Imp fzahlen der Kassenärztlichen Vereinigung (auf diesen Zahlen basieren die vom Kreis Warendorf bekannt gegebenen Zahlen in den Präsentationen) und den zuletzt vom RKI erfassten Zahlen aus einer telefonischen Umfrage, die vom RKI dem Institut Covimo in Auftrag gegeben wurde.

Folgende mögliche Gründe gibt Frau Dr. Arizzi Rusche zu Protokoll:

- *Die einmaligen Johnson&Johnson Impfungen wurden manchmal zu den Erstimpfungen und manchmal zu den vollständigen Impfungen (Zweitimpfungen) gezählt.*
- *Die impfenden Betriebsärzte und Privatärzte melden nicht der KV. Nur einige Betriebsärzte sind dem Digitalen Impfmonitoring des RKI angeschlossen.*
- *Bei der RKI-Umfrage wurden vermutlich mehr Geimpfte (Impfbefürworter) angesprochen. Die Umfrage erfolgte z.B. nur auf Deutsch.*
- *Die Zahlen der KV beziehen sich auf die Impfungen, die im jeweiligen Kreis erfolgen, unabhängig davon, ob die Person in dem Kreis wohnhaft ist.*

Die Abweichungen zwischen den Zahlen des DIM (RKI Zahlen) und den Zahlen der KV („unsere“ Zahlen) betreffen v.a. die Erstimpfungen: Die KV meldet höhere Zahlen. Ganz präzise Zahlen seien nicht erfassbar, das Problem bestände bundesweit.

Frau Schreier und Frau Arizzi Rusche erklären, dass im Impfzentrum Warendorf auch Bürger aus anderen Kreisen geimpft worden sein können und Bürger aus dem Kreis Warendorf sich zum Beispiel in Münster haben impfen lassen. Dies führe auch dazu, dass nicht der exakte Anteil der geimpften Bürger im Kreis Warendorf benannt werden könne. Am Anfang sei mit hohem Tempo geimpft worden. Nun würde der Impffortschritt langsamer vorangehen. Alle Beteiligten stünden nach wie vor für Beratungen und Fragen zur Verfügung.

Frau Grap (Grüne) bedankt sich für die gute Umsetzung des mobilen Impfteams. Sie fragt nach, ob Impfstoff übriggeblieben sei/ zurückgegeben wurde.

Frau Schreier erklärt, dass der Impfstoff sehr moderat abgerufen worden sei. Ein paar Vials AstraZeneca wurden zurückgegeben. Es hätte von Anfang an eine Reserveliste gegeben, die informiert wurde, bevor Impfstoff verfiel. Es sei kein Impfstoff vernichtet worden.

Frau Schreier berichtet, dass nach den Sommerferien im Bereich der Berufskollegs aktiv für die Impfung geworben werde. Es sei ein neuer Erlass erschienen, der auch das Impfen in Schulen der Sekundarstufe 2 beinhalte. Es sei der Verwaltung sehr wichtig, sich nah am Impferlass zu bewegen. Was die 12-15-jährigen angehe, würde auf die Aufklärung der Kinder und Eltern gesetzt werden.

Herr Dr. Blex (AfD) empfindet es als absolut befremdend, dass entgegen der Stiko-Empfehlung die Impfung von 12-15-jährigen beworben werde.

Herr Dr. Blex (AfD) stellt folgende Fragen und bittet diese im Protokoll zu beantworten:

Wie viele Personen sind bisher mit welchem Impfstoff geimpft worden?

(siehe Tabelle auf der Folgeseite)

GESAMT	Mo 23.08.	Di 24.08.	Mi 25.08.	Do 26.08.	Fr 27.08.	Sa 28.08.	So 29.08.	SEIT IMPFSTART
Biontech Anteil	80%	74%	78%	88%	78%	83%	85%	85%
Biontech Anzahl	200	184	385	141	241	512	132	120.422
... davon Erstimpfungen	88	100	246	69	185	260	87	57.113
... davon Folgeimpfungen	112	84	139	72	56	252	45	63.309
Moderna Anteil	2%	6%	5%	6%	2%	3%	3%	6%
Moderna Anzahl	6	15	27	10	7	17	4	8.524
... davon Erstimpfungen	2	6	9	3	3	14	1	3.836
... davon Folgeimpfungen	4	9	18	7	4	3	3	4.688
AstraZeneca Anteil	0%	1%	0%	0%	0%	0%	0%	8%
AstraZeneca Anzahl	1	3	0	0	0	0	0	11.103
... davon Erstimpfungen	0	3	0	0	0	0	0	8.413
... davon Folgeimpfungen	1	0	0	0	0	0	0	2.690
Johnson & Johnson Anteil	17%	19%	16%	6%	19%	14%	12%	1%
Johnson & Johnson Anzahl	43	48	80	10	60	86	19	1.556

Mit welchen Impfstoffen sind die Personen geimpft worden, die Impfdurchbrüche haben?

- 15 Personen wurden mit BionTech geimpft (Durchschnittsalter: 39 Jahre)
- 3 Personen wurden mit AstraZeneca geimpft (Durchschnittsalter: 41 Jahre)
- 1 Person wurde mit Johnson&Johnson geimpft (Alter: 48 Jahre)
- 1 Person wurde mit Moderna geimpft (Alter: 19 Jahre)
- 1 Person erhielt die Kreuzimpfung (Alter: 22 Jahre)

Wie alt sind die 4 COVID-Patienten derzeit in den Krankenhäusern und waren diese vollständig geimpft und falls ja, mit welchem Impfstoff?

Es ist der Verwaltung nicht möglich, aus IG NRW ergänzende Informationen zu Alter oder möglichen Impfdurchbrüchen bei Krankenhauspatienten zu erhalten. Aus diesem Grund werde auf die Aussage von NRW-Gesundheitsminister Laumann vom 17.08.2021 verwiesen: „So hatten von den 891 Menschen, die diese Woche (Stand 17. August) mit Corona in einem Krankenhaus in NRW lagen, 87 Prozent keine Impfung.“

Frau Schreier betont, dass es Fakt sei, dass die Impfdurchbrecher nur leichte Symptome hätten.

Herr Schulte (FRAKTION) bedankt sich bei allen, die dazu beigetragen haben, dass dieser Impferfolg erreicht wurde. Es müsse jeder im Gespräch überzeugt werden, sich impfen zu lassen. Dennoch sollten weiterhin die AHA-Regeln eingehalten werden. Wir wüssten nicht, was noch auf uns zukäme. Wir sollten den Kurs weiterfahren und weiter fürs Impfen werben.

Herr Schulze Westhoff (CDU) möchte die Anregung von Herrn Blömker noch einmal aufgreifen und rät dazu, dass alle gemeinsam weiterhin zur Impfung aufrufen. Er fragt nach, ob es einen Zusammenhang zwischen dem Impfstoff und dem Impfdurchbrüchen gäbe.

Herr Dr. Kornblum gibt eine Rückmeldung zu Protokoll:

Bisher lässt sich kein Zusammenhang zwischen Impfstoff und Impfversagen feststellen. Man muss zwischen zwei Sachverhalten unterscheiden: Impfdurchbrüche bedeuten, dass der Impfstoff selbst nur einen unzureichenden Schutz vor einer Infektion bietet. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass das individuelle Immunsystem nicht adäquat auf die Impfung reagieren würden (sog. Low- oder Non-Responder), was häufig bei älteren Menschen der Fall sein kann. Glücklicherweise scheinen bisher beide Faktoren nur eine untergeordnete Rolle bei den Neuinfektionen zu spielen.

Entscheidend sei, dass die Impfungen, unabhängig von einer Infektion mit SARS-CoV-2, vor schweren CoViD-Verläufen schützen und unsere Daten können das so bestätigen. Daher sei jedem zu einer Impfung zu raten.

Herr Baş (Grüne) befürwortet den Vorschlag von Herrn Diekhoff, die Zeiten des Infomobils weiter auszuweiten. Er fragt nach, wie der Kreis Warendorf dazu stehe, dass das Land auch Festivitäten in der Inzidenzstufe 2 zulassen wolle.

Frau Schreier betont, dass die aktuelle Verordnung bis zum 19.08. ginge und noch abgewartet werden müsste, was die neue Verordnung beinhalte. Die Aufklärung von Kinder und Jugendlichen müsse vermehrt durch den Kinder- und Jugendarzt durchgeführt werden. Es müsse geprüft werden, ob es noch Kapazitäten / Ressourcen gäbe, um auch von Seiten der Verwaltung beim Kinder- und Jugendarzt zu informieren.

Laut Herrn Kocker (SPD) sei es das Ziel, dass sich keiner mehr gravierend infiziert und nicht mehr intensivmedizinisch behandelt werden müsse.

Herr Möllmann (CDU) fragt nach, ob Personen, die sich im Ausland mit Sputnik haben impfen lassen, in Deutschland als geimpft gezählt werden würden. Dies verneint Frau Dr. Arizzi Rusche.

4.	Neukonzeption des Museums Abtei Liesborn: 1. Genehmigung von Überplanmäßigen Auszahlungen und 2. Anfrage der Kreistagsfraktion Die FRAKTION DIE LINKE ./ Die PARTEI vom 18.07.2021	199/2021
----	---	-----------------

Landrat Dr. Gericke berichtet über die Vorlage. Er erklärt, dass Herr Dr. Funke als Kämmerer alle Aufträge bis zu fast 300 T€ als außerplanmäßige Auszahlungen hätte genehmigen können. Dies war jedoch aus Transparenzgründen nicht gewollt, weswegen die Dringlichkeitsentscheidung nach der Telefonkonferenz mit den Fraktionsvorsitzenden als Weg vorgeschlagen wurde.

Anfrage der FWG vom 12.07.2021: Dringlichkeitsentscheidung

Frau Nienkemper (FWG) erklärt, dass mit dem Kauf des Evangeliars ein Entschluss gefasst worden sei, der letztendlich dazu führt, dass wir nun zu allen Konsequenzen stehen müssen. Bereits 2019 hätte sie in der damaligen Sitzung deutlich gemacht, dass sie vermutet, dass die veranschlagten Kosten überschritten werden würden. Nun fragt sie Verschiedenes nach:

- Wie konnte es zu den Kostensteigerungen kommen?
- Warum wurde ein zusätzlicher Brandschutz erforderlich? Gab es im Vorhinein diesbezüglich keine Gespräche?
- Warum wurden die in der Vorlage aufgeführten Punkte nicht vorher schon eingeplant / berücksichtigt?
- Hätte das alles nicht bereits bei der Baugenehmigung vorliegen müssen?

Herr Dr. Funke erklärt, dass es sich um eine überplanmäßige Mittelbereitstellung handele. Ein Teil der Kosten würde zu Beginn der Planungen geschätzt werden, und man wüsste bei einem so großen Projekt nicht hinreichend genau, wie sich die Kosten entwickeln würden. Die Kostensteigerung zum jetzigen Zeitpunkt beliefe sich auf 350.000 €. Auf Grund der aktuellen Entwicklung der Preise am Bau wurde der zweite Teil der erwarteten Kostensteigerung mit 25% (90T€) geschätzt, da sowohl das Material, als auch die Handwerkerkosten zurzeit stark steigen würden. Dies sei die momentane Entwicklung am Markt. Auch bei allen anderen Bauprojekten käme es zurzeit zu ähnlichen Problemen mit den Kostensteigerungen.

Mit Zustimmung des Kreistages in diesem Februar wurden 500.000 € in den Haushalt eingeplant, um derartige Kostensteigerungen aufzufangen. Somit sind die Mittel im Haushalt verfügbar und würden nun zugeordnet werden. Er gehe davon aus, dass das in diesem Jahr zusätzlich eingeplante Budget ausreichen werde.

Bezugnehmend auf die weiteren Fragen von Frau Nienkemper erklärt Herr Oberteicher, dass es genaue Planungsstufen gäbe und keine Planungsstufe vorzeitig begonnen werden dürfte. Dies hänge auch mit den beantragten Fördermitteln zusammen. Es dürfe nur bis zur Vorplanung geplant werden, um die Förderung zu erhalten. Es dürfen bis zum Förderantrag keine Detailplanungen gemacht werden, um keinen vorzeitigen Maßnahmenbeginn herbei zu führen. Zu beachten sei, dass sich die Honorare für den Planer entsprechend der veranschlagten Planungskosten berechnen würden.

Das Treppenhaus wurde ursprünglich als Nebentreppenhaus gewertet. Das Treppenhaus sollte in seiner bisherigen Funktion nicht geändert werden und weiterhin ein Fluchttreppenhaus bleiben. In der Genehmigungsphase wurde das Treppenhaus jedoch als neues Haupttreppenhaus gewertet und in diesem Zusammenhang musste alles auf den neuesten Stand gebracht werden. Da die Anforderungen stiegen, wurden die Ausgaben für den Brandschutz höher. Um die Kosten zum Teil aufzufangen, wurde auf die angedachte Fußbodenheizung verzichtet und eine standardmäßige Heizung eingebaut.

Darüber hinaus erklärt Herr Oberteicher, dass während des Bauprozesses ein Fehler in der Bestandsstatik des Gebäudes aufgefallen sei, der nun behoben werden müsse. Das seien Risikokosten, die beim Bauen im Bestand entstehen können und hier im Rohbauwerk zu Mehrkosten führen.

Für zwei Vitrinen neben der Evangeliarsvitrine sei bisher keine Klimatisierung geplant gewesen, da die Exponate bisher freihängend ausgestellt wurden. Im Laufe des Prozesses wurde jedoch ein Fachmann zu Rate gezogen, der eine Klimatisierung empfohlen habe. Dieser Empfehlung sei nun gefolgt worden.

Herr Gutsche (CDU) bedankt sich für die ausführliche Erklärung. Es sei sicher den meisten nicht bewusst, dass z.B. nur eine Vorplanung durchgeführt werden dürfe. Die Abweichung, die stattgefunden habe, sei im Verhältnis nicht so groß. In Summe könnte der Kreis Warendorf stolz darauf sein, ein so gutes und hohes Kulturgut zu erhalten. Ein derartiges Kulturgut müsse auch vernünftig präsentiert werden. Es sei unglücklich, dass es zu dieser Kostensteigerung gekommen sei. In Zukunft müsse bei derartigen Großprojekten ggf. vorher genauer besprochen werden, was geplant und kalkuliert werden könne.

Herr Kocker (SPD) erklärt, dass die Voraussetzungen einer Dringlichkeitsentscheidung aus seiner Sicht nicht gegeben seien und es durchaus möglich gewesen wäre, den Kreistag einzuberufen. Er fände es verwunderlich, dass in den Westfälischen Nachrichten so ein großer Beitrag zu finden war. Es sei müßig zu diskutieren, ob der gezahlte Kaufpreis angemessen war. Die Entscheidung sei mit einem Kreistagsbeschluss (50:4) getroffen worden und dazu stände die SPD. Der SPD sei es wichtig, dass das Verfahren transparent durchgeführt werde. Er fragt nach, wie es nun weitergehe und wie in Zukunft damit umgegangen werden solle. Sofern es teurer werde, solle dies transparent kommuniziert werden. Preissteigerungen in der hier diskutierten Höhe, zwei Wochen vor der Dringlichkeitsentscheidung, erscheinen ihm nicht glaubwürdig.

Frau Grap (Grüne) erklärt, dass eine absolute Transparenz bei diesem Thema für ihre Fraktion äußerst wichtig sei. Auf Grund der Zeitungsartikel habe sie sich durchaus gefragt, ob sie damals ausreichend informiert wurde. Sie sieht es als ihre Aufgabe an, sich um absolute Transparenz zu bemühen. Sie fragt nach, wie hoch die Konventionalstrafen wären, wenn wir heute nicht über die Vorlage entscheiden würden, sondern erst im Kreistag am 29.10.2021. Sie kündigt an, dass ihre Fraktion sich enthalten werde.

Landrat Dr. Gericke betont, dass das Wesen einer Dringlichkeitsentscheidung nicht bedeuteten würde, etwas durchzuwinken. Die Genehmigung einer Dringlichkeitsent-

scheidung erfolge immer im darauffolgenden Kreistag. Er bittet um Zustimmung, da die Baumaßnahmen ansonsten ins Stocken geraten würden.

Herr Schulte (FRAKTION) erklärt, dass ihm die öffentliche Diskussion wichtig gewesen sei. Es könne nicht sein, dass so etwas ohne öffentliche Diskussion durchgeführt werde.

Dr. Blex (AfD) berichtet, dass es sich um eine Kostenüberschreitung von 20 % für einen öffentlichen Bau handle, die durchschnittliche Überschreitung läge bei 44 %. Auch die Kreisverwaltung hätte die Steigung der Rohstoffe nicht vorhersehen können.

Herr Kocker (SPD) betont, dass die Kritik nicht nur von der SPD gekommen sei, sondern von mehreren Parteien. Bereits im Telefonat hätte er mitgeteilt, dass er Probleme im Verfahren sähe. Es ging alleine um die Frage, das Verfahren möglichst transparent darzustellen.

Herr Diekhoff (FWG) erklärt, dass er keinerlei Zweifel an der Transparenz und dem rechtlichen Ablauf des Verfahrens habe. Diese Kostensteigerung hätte verschiedene Gründe, die ausführlich dargelegt wurden und die Kosten wurden in einem Puffer im Etat eingeplant. Es gäbe von keiner Seite den Versuch, etwas im geheimen zu beschließen oder durchzuboxen. Eine Diskussion über die Kosten würde die tatsächlichen Kosten nicht ändern. Das ganze Projekt sollte nicht aufgehoben werden, denn dadurch würde es nur teurer werden.

Frau Grap (Grüne) bittet, einmal ausführlich über die Statik des Museums zu berichten und die Höhe der Konventionalstrafen in das Protokoll aufzunehmen.

Bezüglich der Konventionalstrafen gibt die Verwaltung folgende Informationen zu Protokoll:

Die Baumaßnahme befindet sich derzeit in Ausführung. Es sind bereits mehrere Auftragnehmer vertraglich gebunden und für die Fertigstellung der eigenen Arbeiten (z.B. Feininstallation Elektro) auf die Vorleistungen anderer Unternehmer (z.B. Verlegung Estrich, Malerarbeiten) angewiesen. Mit den bereits beauftragten Firmen sind diesbezüglich Vertragstermine vereinbart.

Sollte es zu Verzögerungen der Baustelle kommen, würden zwangsläufig die Vertragstermine ihre Gültigkeit verlieren. Sämtliche Terminketten müssten neu koordiniert und abgestimmt werden. Außerdem könnten Ansprüche der ausführenden Unternehmen aufgrund von Bauzeitverlängerung entstehen. Darüber hinaus würde dies dazu führen, dass Behinderungen der Gewerke untereinander aufgrund von eventuell nicht erbrachten Vorleistungen entstehen und hierdurch Folgekosten ausgelöst würden.

Ein temporärer Baustopp könnte auch zu auftragnehmerseitigen Kündigungen führen. Daraus könnten erhebliche Kosten für Neuausschreibung, Vergabeverluste im Rahmen von Neuausschreibungen, Vergabeverluste infolge der Konjunktorentwicklung sowie auch erhebliche Gewährleistungsprobleme entstehen, sofern andere Unternehmen die halbfertigen Arbeiten der Vorunternehmer fertigstellen müssten.

Außerdem sind die laufenden Kosten der Baustelle (u.a. das Vorhalten von Geräten, des Sanitärcontainers und des Bauzauns) zu berücksichtigen, welche bei einem Pausieren der Arbeiten fortlaufend anfallen.

Des Weiteren ist in diesem Zusammenhang auf die mit der Covid-19 Pandemie zu verzeichnenden Steigerungen der Baumaterialpreise hinzuweisen. Da sich die Materialpreisentwicklungen in Teilen in einem unvorhersehbaren Maß bewegen, könnte eine Unterbrechung der Arbeiten Einfluss auf die Kostenentwicklung bei den noch anstehenden Ausschreibungen haben und u. U. Nachforderungen der Auftragnehmer auf Grund verspäteter Materialbeschaffung auslösen.

Informationen zur Statik (Nachrichtlich ins Protokoll aufgenommen):

Zum Thema Statik wurde im Anschluss an die Sitzung Frau Grap und Herrn Grobecker ein Ortstermin auf der Baustelle angeboten, um dort die vorhandene Statikaspekte an den entsprechenden Bauteilen zeigen zu können. Der Termin wurde am 30.08.2021 von Herrn Grobecker wahrgenommen.

Auf Rückfrage von Frau Grap (Grüne) erklärt Landrat Dr. Gericke, dass die Verfahren bezüglich einer Co-Finanzierung bereits abgeschlossen seien. Lediglich die Digitalisierung des Evangeliars könne ggf. gefördert werden, so dass dies vom Bauverfahren getrennt werden könne.

Auf Rückfrage von Herrn Blömker (SPD) erklärt Herr Dr. Funke, warum das Thema nicht bereits im Kreisausschuss und Kreistag Ende Juni behandelt wurde. Die Verwaltung sei Mitte Juni über die Kostensteigerung informiert worden. Monatlich erstellt Herr Oberteicher eine Kostenschätzung. In der zweiten Junihälfte wurden Gespräche geführt, ob die Kosten ggf. gesenkt oder verschoben werden können. Es wurde versucht, auf die Kosten Einfluss zu nehmen. Anfang Juli stellte sich heraus, dass dies nur sehr bedingt möglich sei. Daraufhin wurden die Fraktionen umgehend informiert.

Auf die Anfragen der Fraktion wurde während der Berichterstattung Bezug genommen bzw. sie wurden per Mail beantwortet.

Abstimmungsergebnis: Neukonzeption des Museums Abtei Liesborn:

1. Genehmigung von überplanmäßigen Auszahlungen in der Produktgruppe 0401 „Kultur“ im Wege der Eilentscheidung gem. § 50 Abs. 3 S. 1 KrO NRW

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 11
Nein 1
Enthaltung 3

2. Anfragen der Kreistagsfraktionen

Zur Kenntnis genommen

5.	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 16.07.2021 - Beschaffung von Luftfilteranlagen in kreiseigenen Schulen	198/2021
-----------	--	-----------------

Landrat Dr. Gericke berichtet über die Vorlage und übergibt das Wort an Frau Grap (Grüne).

Frau Grap (Grüne) erklärt, warum der Antrag gestellt wurde. Die Gruppe der Kinder und Jugendlichen hätte in der Pandemie viel in Kauf genommen und sei häufig nicht berücksichtigt worden. Es sei wichtig, dass die Hygienekonzepte so weit ergänzt werden, dass der Präsenzunterricht unter den bestmöglichen Voraussetzungen möglich sei. Die Kinder müssen geschützt werden. Die Fördermittel seien so eng gestrikt, dass dies wieder zu Lasten der Kommunen und Kreise gehen würde. Sie bittet darum, dies auch an das Land weiterzugeben. Sie betont, dass der Antrag aufrechterhalten werde.

Laut Herrn Möllmann (CDU) sei es Aufgabe der laufenden Verwaltung und nicht Aufgabe der Politik, derartige Dinge zu beschließen.

Herr Blömker (SPD) fragt nach, ob ermittelt wurde, wie viele Lüftungsgeräte es wären und wie teuer es wäre, wenn alle Klassenräume der kreiseigenen Schulen mit einem Lüftungsgerät ausgestattet werden würden.

Herr Dr. Funke erklärt, dass dies nicht explizit berechnet wurde. Bei Geräten mit Wartungsverträgen werde mit Ausgaben in Höhe von 4000-5000 € pro Gerät gerechnet. Der Bedarf, der im Antrag dargestellt werde, sei an den Schulen nicht in dem Umfang vorhanden. Der konkrete Bedarf, den die Schulen, einschließlich der Caritas-Förderschulen gemeldet haben, soll vollständig gedeckt werden.

Frau Grap (Grüne) erklärt, dass sie bereit sei, den Antrag insofern zu modifizieren, als der Bedarf erfragt und dann entsprechend des Bedarfs agiert werde.

Herr Kocker (SPD) schließt sich der Verwaltung an. Er sähe keinen Handlungsbedarf über das hinaus, was die Verwaltung vorgeschlagen habe.

Herr Diekhoff (FDP) betont, dass nach wie vor gelüftet werden müsste, auch wenn ein Luftfilter eingesetzt werde.

Landrat Dr. Gericke schlägt einen modifizierten Verwaltungsvorschlag vor: „Auf Initiative der Grünen fordert der Kreisausschuss die Verwaltung auf, die bis jetzt notwendigen sieben Lüftungsanlagen zu beschaffen.“ Dieser Vorschlag findet Zustimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Landrat Dr. Gericke um 10:48 Uhr die Sitzung.

Dr. Olaf Gericke
Landrat

Dr. Stefan Funke
Schriftführer